Indikatoren ohne eine geeignete Diskurs- und Beratungs-Infrastruktur sind politisch nutzlos – oder gar gefährlich

Prof. Dr. Gert G. Wagner

*DIW Berlin, Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten (RatSWD)
und Sozialbeirat der Bundesregierung*

Die Vorstellung von Statistikern und quantitativ orientierten Sozial- und Wirtschaftswissenschaftlern, dass statistische Indikatoren in Form von Grenz- und Schwellenwerten die Politik unmittelbar zum Handeln zwingen (idealerweise, indem Grenz- und Schwellenwerte in Gesetze geschrieben werden) ist im Hinblick auf die Wirtschafts- und Sozialpolitik politisch naiv und u.U. sogar gefährlich.

Die meisten Indikatoren sind politisch bedeutungslos, wenn sie nicht in ein System der Politikberatung eingebunden sind, das dafür sorgt, dass diese Indikatoren von der Politik und der Öffentlichkeit auch ernst genommen und diskutiert werden. Indikatoren ohne Beratungs-Infrastruktur sind weitgehend nutzlos.

Wenn Indikatoren als Grenz- und Schwellenwerte in Gesetze geschrieben werden, die das Regierungshandeln automatisch begrenzen oder die automatische Aktionen auslösen, so kann es zu gefährlichen unerwünschten Nebenwirkungen kommen. Oder aber der gesetzliche Mechanismus wird nicht ernst genommen und von der Politik ignoriert. So zum Beispiel geschehen bei der Verletzung des Maastricht-Neuverschuldungskriteriums durch etliche Staaten.

Glanz und Elend Indikatoren-gestützter Politik werden im Vortrag auch anhand der Macroeconomic Imbalance Procedure (MIP) der Europäischen Union diskutiert.

Abschließend wird darauf hingewiesen, dass der erste Ökonomie-Nobelpreisträger, Jan Tinbergen, war zwar von der Bedeutung quantitativer Indikatoren überzeugt, er hat aber keinen Automatismus vorgeschlagen, sondern eine Rückkopplungsschleife vom wissenschaftlichen Befund zur politischen Entscheidung hin zu einem neuen wissenschaftlichen Befund.